

Stand der Dinge - Unterricht der Landessprachen in den Kantonen

29.05.2020

	HarmoS	HarmoS abgelehnt
AG	Der Initiant der kantonalen Volksinitiative « Mehrsprachigkeit – Unser Trumpf », welche den Sprach austausch für alle Aargauer Schulkinder mit der französischen Schweiz fordert, wartet mit der Unterschriftensammlung ab. Im Grossen Rat wurde nämlich eine Motion (März 2020) eingereicht, welche von Vertreter/-innen aller Parteien unterstützt wird.	
BL	Lehrpersonen und Fachexperten wünschen sich keinen Lehrplan, der ausschliesslich aus Kompetenzbeschreibungen besteht, zumal viele davon abgehoben und nicht umsetzbar sind. Das Stimmvolk hat bereits zweimal über den Umgang mit Lehrplänen und Lehrmitteln abgestimmt (Juni 2018 und November 2019). Eine von Bildungsorganisationen und Berufsverbänden (vgl. Beitrag vom 16.05.2020) gestützte Interpellation (Mai 2020) im Landrat fordert, dass das Amt für Volksschulen den neuen Lehrplan für den Sprachenunterricht auf Sekundarstufe I entsprechend umsetzt. Eine Initiative zu dieser Thematik wurde bereits früher eingereicht (Aug. 2019) und wird ca. im Jahr 2021 zur Abstimmung kommen.	
BS	Das Komitee Starke Schule beider Basel hat eine Volksinitiative zur freien Lehrmittelwahl durch die Lehrpersonen in einem vordefinierten Rahmen lanciert (Feb. 2020). Die Unterschriftensammlung dauert bis August 2020. Parallel hat die Regierung im April 2020 angekündigt, dass die Lehrpersonen ab dem Schuljahr 2020/2021 Lehrmittel in den Fächern Mathematik, Deutsch und Französisch aus einer vom Erziehungsrat bewilligten Lehrmittelliste selbstständig auswählen können.	
BE	Nach der Veröffentlichung einer Evaluation zum Projekt Passepartout (April 2019) und der damit zusammenhängenden Ergebnissen der Basler Abstimmung (Einsatz von Projekt-Lehrmitteln) hat die Berner Regierung im März 2020 dem Anliegen zweier Motionen (Motion 268-2019 ; Motion 270-2019) zugestimmt, die den Ausstieg aus dem Projekt Passepartout und die freie Auswahl an Lehrmitteln für Lehrpersonen fordern. Der Regierungsrat lehnte es zwar ab, die Ergebnisse zu Passepartout negativ zu bewerten (vgl. Antwort auf die Interpellation 271-2019) und erinnerte daran, dass das Projekt offiziell 2018 beendet wurde. Er kündigte aber seine Offenheit gegenüber einer begrenzten Auswahl anderer Lehrmittel an, vorbehaltlich einer Bewertung ihrer Qualität und Relevanz. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt (siehe auch die Antworten des Regierungsrats vom Feb. 2020 - Motion 268-2019 , Motion 270-2019). Der Berufsverband Bildung Bern seinerseits hat vor einem radikalen Systemwechsel gewarnt , setzt sich aber für eine freie Lehrmittelwahl aus einem vorgegebenen pädagogischen Angebot ein. BERNbilingue legte im Januar 2020 eine Analyse bestehender Studien zu Passepartout vor, die vom Institut für Mehrsprachigkeit durchgeführt wurde. Die Ergebnisse waren gemischt. BERNbilingue unterstützt daher auch eine grössere Auswahl an Lehrmitteln. Im Kontext der Diskussionen um Passepartout fordert eine Motion (Dez. 2019) drei statt wie bisher zwei Stunden Französischunterricht pro Woche in der Grundschule. Der Regierungsrat erklärt sich bereit , die Verteilung der Französischlektionen auf die Schuljahre zu prüfen. Hingegen lehnt er es ab, Französisch aus dem Übertrittsverfahren zu entfernen, da dies eine Schwächung des Stellenwerts Französisch bedeuten würde (Mai 2019).	

FR	<p>Das Bundesgericht hat einer jungen Primarschülerin in Marly (zweispärschiger Bezirk) erlaubt, während ihrer Schulzeit von einer französischsprachigen Schule in eine deutschsprachige Schule zu wechseln, und sich damit gegen den Entscheid der Freiburger Behörden gestellt (Feb. 2020).</p>
GR	<p>Im Rahmen der Stärkung der rätoromanischen Angebote an Mittel- und Fachmittelschulen erwägt eine Anfrage (Feb. 2020) bei der Erteilung der Leistungsaufträge an private Mittelschulen, diese dazu zu verpflichten, die rätoromanische Sprache besonders zu fördern. Der Regierungsrat stellt fest (Apr. 2020), dass gemäss einer Bestandsaufnahme die ununterbrochene Bildungskette in Rätoromanisch und Italienisch bis zur Maturität nicht flächendeckend gewährleistet werden kann. Dort wo die Bildungskette Lücken aufweist, müssen Massnahmen für eine Verbesserung der Situation geprüft werden, welche gegebenenfalls in die Leistungsaufträge der privaten Mittelschulen aufgenommen werden können.</p> <hr/> <p>In ihrer Stellungnahme (Apr. 2020) zur Petition "Bildungswahl für alle statt für wenige" hält die Regierung fest, dass diese Schlüsselwerte der Volksschule sowie der Bündner Kultur in Frage stellt. Bei einer freien Schulwahl könnten Kinder in einem anderen Sprachgebiet die Schule besuchen als ihre Erziehungsberechtigten wohnen. Dies hätte eine Gefährdung der Idiome und eine Schwächung der Mehrsprachigkeit zur Folge.</p> <hr/> <p>Der Coronavirus hat den Entscheidungsprozess zur Idiom-Rückkehr in den Schulen des Surmeir ausgebremst (Südostschweiz, Mai 2020). Das Initiativkomitee wollte, dass die romanischen Schulen im Surmeir schon ab 2020/2021 von Rumantsch Grischun wieder zum Idiom zurückkehren. Nach Rücksprache mit dem Kanton hat man diesen Termin schon vor geraumer Zeit auf das Schuljahr 2021/2022 verschoben. Für eine Wiedereinführung von Surmiran per 2020/2021 wären Beschlüsse spätestens im Juli nötig.</p> <hr/> <p>Eine rätoromanischen Mutter, die in der Romandie wohnt, erhielt als Vertreterin einer Minderheitsgruppe die Erlaubnis, ihre Kinder für drei Monaten pro Jahr im Kanton Graubünden unterrichten zu lassen (vgl. Südostschweiz, Apr. 2020).</p>
TG	<p>Um das Frühfranzösisch im Thurgau zu retten, wurden im Jahr 2018 Verbesserungsmaßnahmen (z.B. neues Lehrmittel, Halbklassenunterricht) ergriffen. Eine Studie soll die Wirkung dieser Massnahmen analysieren. Im Juni 2018 traten 300 Sechstklässler im ganzen Kanton zum Test an. Die zweite Leistungsmessung erfolgt aufgrund der Corona-Pandemie und des Fernunterrichts erst im 2021 (vgl. Thurgauer Zeitung, Mai 2020).</p>
ZH	<p>Eine Interpellation (Feb. 2020) fordert mehr Transparenz über den Prozess und die Auswirkungen der Reform «Kaufleute 2020». U.a. wird in der Reform eine Abstufung der Fremdsprache zum Wahlpflichtfach vorgesehen. Der Regierungsrat weist in seiner Antwort (März 2020) darauf hin, dass es sich um ein Projekt mit nationaler Trägerschaft des SKKAB handelt. Die Bildungsdirektion wird über die Reform informieren, sobald die offenen Fragen für die Umsetzung im Kanton geklärt sind und mit dem Umsetzungsprojekt begonnen werden kann. Eine weitere Anfrage (Mai 2020) verlangt, dass Massnahmen zur Verbesserung von Sprachkompetenzen als Grundlage für die Berufstätigkeit geprüft werden.</p>